



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

sich gezogen aus lauter Gnade, noch ehe es die eigentliche Mühsal der Welt, noch ehe es die Sünde kennen gelernt hat, und hat uns durch diesen kurzen Schmerz vor manchem Kummer, vor mancher Sorge bewahrt. Und da ich täglich mit unserm Kinde vereint sein werde im Gebet, so wird es das Band knüpfen zwischen Himmel und Erde, das uns verbinden soll mit der himmlischen Heimat, der auch wir zustreben.

Aber ich bin schuld an seinem Tode, an deinem Schmerze! stöhnte der Professor.

Du hast das Beste gewollt nach deiner Meinung und in gutem Glauben. Weil es vielleicht zu irdisch gedacht war, hat ihn der Herr zu sich genommen. Du aber, hebe dein Haupt und übe an andern, was dir an deinem eignen Kinde nicht gelang, Hingebung, Milde und Nachsicht.

So rang sie sich heldenhaft, sieghaft durch den gewaltigen Schmerz infolge der Festigkeit ihres Glaubens, den sie ihr Kind gelehrt hatte, und durch den sie mit ihrem Lieblinge auch nach dem Tode verbunden blieb.

Das Begräbnis Helmut Erlers wurde zu einer großen Beileidskundgebung für die Eltern. Der Geistliche sprach ergreifend, ebenso der Klassenlehrer, der dem Entschlafnen ein herrliches Zeugnis durch seine Worte ausstellte. Am tiefsten bewegt war Dr. Turner. Die Worte des Arztes und die erschütternde Tragik des Falles Helmut Erler trugen dazu bei, daß er von seinem starren, pedantischen Standpunkte abging, und da er an sich ein guter, nur allzu pflichteifriger Mensch war, so wurde aus dem gefürchteten und verhassten Lehrer bald ein Liebling aller Klassen, in denen er unterrichtete.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 16. Mai 1909

(Brindisi und Wien. Die Regierung und der Reichstag. Die Wertzuwachssteuer. Die Liberalen und die Reichsfinanzreform. „Beamtentage.“)

Am 14. Mai hat Kaiser Wilhelm unter unbeschreiblichem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in die Wiener Hofburg gehalten, um dort den treuen Verbündeten unsers Reichs, den ehrwürdigen Kaiser Franz Joseph, zu begrüßen. Zwei Tage vorher hatte die Begegnung mit König Viktor Emanuel in Brindisi stattgefunden. Wenn die Aufnahme, die unser Kaiser in Wien gefunden hat, diesesmal im Zeichen einer ganz besondern Herzlichkeit und Begeisterung stand, so ist das nicht zu verwundern. Die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Herrschern sind von jeher von besondrer Wärme und Herzlichkeit erfüllt gewesen, und jetzt kam noch hinzu, daß die politischen Ereignisse der letzten Monate den Wert dieser Beziehungen und des zwischen den Staaten bestehenden Bündnisses den Völkern greifbar vor Augen geführt hatten. Wir freuen uns aufrichtig, daß die österreichische Hauptstadt bei dem Empfang des Kaisers so stark und deutlich das Bedürfnis fühlte, diese bundesfreundlichen Empfindungen zu bekunden und unserm Kaiser Ehren zu erweisen, die in einer solchen freudigen Begeisterung nur selten einem Herrscher in einer fremden Hauptstadt zuteil werden. Wir können uns dieser Aufnahme um so unbesangner freuen, als es sich hier nicht bloß um den Augenblicksrausch handelt, dem die Bevölkerung einer Großstadt — noch dazu einer genußfreundigen wie Wien — leicht unterliegt, sondern um die in Überzeugungen wurzelnden, festen Grundlagen einer Stimmung, zu der auch die Politiker, wenn

sie alle Empfindungsmomente ausschalten und mit kühlem Kopf das Ergebnis nachprüfen, nur Ja und Amen sagen können. Die Trinksprüche, die bei dem Festmahl in der Hofburg gewechselt wurden — die verlesen wurden, um auch nach außen hin deutlich zu bekunden, daß sie keine Improvisationen, sondern sorgfältig überlegte politische Kundgebungen waren —, zeigen, wie sehr die beiden Kaiser von der Bedeutung des Augenblicks durchdrungen waren, und was für ein Gewicht sie dieser Begegnung beilegen wollten. Deshalb wurde auch mit gleicher Wärme des Dritten im Bunde, des Königs von Italien gedacht, nicht nur in den beiden Trinksprüchen, sondern auch in dem gemeinsamen Telegramm, das Kaiser Franz Joseph und Kaiser Wilhelm an ihn absandten, und das herzliche Erwidern fand. Dadurch wurde zugleich die Verbindung zwischen der Wiener Monarchenbegegnung und der in Brindisi hergestellten. Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms und König Viktor Emanuels, die zwei Tage zuvor in Brindisi stattgefunden hatte, war etwas anders geartet; es war keine feierliche Kundgebung, sondern ein Besuch, der mehr persönlichen und intimen Charakter trug. Keine besondern Festlichkeiten begleiteten diesen Besuch; die Trinksprüche wurden nicht einmal im Wortlaut veröffentlicht. Trotzdem gehören beide Begegnungen zusammen; die gemeinsame Grundlage ist der Dreibund. Über das Verhältnis Italiens zum Dreibund haben wir uns kürzlich schon ausgesprochen. Das Exempel geht, soweit die öffentliche Meinung des italienischen Volkes in Frage kommt, nicht ganz ohne Rest auf, darum dürfen wir uns nicht wundern, daß das Echo der Begegnung von Brindisi in der italienischen Presse kein reiner Widerhall ist. Wir haben aber schon neulich gezeigt, daß die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibund für uns trotzdem von Wert ist, und wenn auch republikanische Strömungen, allerhand Gefühlsregungen und ähnliche Ursachen störend einzuwirken versuchen, so ist doch das Verhältnis der Herrscher und der Regierungen durchaus auf Vertrauen und Aufrichtigkeit gegründet.

Am 17. d. M. wird der Kaiser in Wiesbaden sein und dort wieder zum erstenmal nach seiner Reise den Reichskanzler persönlich empfangen und sich über die politischen Fragen Vortrag halten lassen. Die Notwendigkeit einer politischen Aussprache zwischen Kaiser und Kanzler, sobald der Monarch nach mehrwöchiger Abwesenheit im Auslande wieder auf deutschem Boden eingetroffen ist, bedarf eigentlich keiner besondern Begründung. Die Kombinationsucht der Neugierigen wird trotzdem versuchen, besondere schwerwiegende Entscheidungen damit in Verbindung zu bringen; sie wird aber wahrscheinlich eine Enttäuschung erleben, denn die Zeit für solche Entscheidungen ist noch gar nicht gekommen.

Neuerdings treten freilich starke Versuchungen an die Regierung heran, der in weiten Volkskreisen herrschenden Ungeduld und Erregung nachzugeben und mit einem kräftigen quos ego! dazwischenzufahren. Wir haben schon früher die Ansicht ausgesprochen, daß wir eine solche Taktik für nicht zweckmäßig halten würden. Sie wäre ein zweischneidiges Schwert. Man hört jetzt so häufig wieder die Ansicht: Bismarck hätte es anders gemacht! Zunächst kann kein Mensch kontrollieren, ob das richtig ist. Bismarck hat in verschiedenen Fällen sehr verschieden gehandelt, auch in solchen, die nach Ansicht der Uneingeweihten sehr ähnlich lagen. Was er in der gegenwärtigen Lage getan haben würde, lassen wir also besser dahingestellt. Nehmen wir aber einmal an, er hätte sich wirklich entschlossen, der Unfähigkeit des Reichstags durch ein „Eingreifen“, das heißt durch den Druck einer besondern Maßregel nachzuhelfen, so wäre das immerhin etwas außergewöhnliches gewesen, was nur durch das Gewicht der außerordentlichen Persönlichkeit Bismarcks hätte gerechtfertigt werden können. So sehr Fürst Bülow jetzt überzeugt sein kann, daß das deutsche Volk seine staatsmännische Persönlichkeit zu schätzen weiß und Vertrauen zu ihm hegt, so tut er doch recht daran, in so ernsten Fragen unter den

heutigen Zeitverhältnissen keine politischen Kraftproben zu machen, die lediglich auf rein persönliche Autorität gegründet sein könnten. Und wir müssen uns bei ehrlicher Prüfung doch wirklich sagen, daß uns in unsrer Zeit bei den besondern Verhältnissen im Deutschen Reiche und den vor uns liegenden Aufgaben ein gewissenhaft überlegender und die Folgen sorgsam abwägender Staatsmann mehr not tut als ein genialer Titane, der jederzeit den Himmel zu stürmen geneigt ist. Wir vergessen über der vollstümlichen, in der Erinnerung in den Vordergrund tretenden Vorstellung von Bismarck gar zu leicht die Vielseitigkeit des historischen Bismarck, der nach 1871 die Aufgaben des Ausbaus und die Erhaltung des Reichs ganz anders angriff als vor 1871 die der Gründung des Reichs. Und der tatsächlich in der Regel so vorsichtig, maßvoll und bedächtig handelnde Bismarck der zweiten Periode, der recht oft einen Schritt zurücktrat und keineswegs immer mit einem rücksichtslosen Willen dazwischenfuhr, konnte doch trotz der Überlegenheit seiner Staatskunst vieles nur zustande bringen, weil der Schatten seiner großen Taten vor 1871 hinter ihm stand.

Es ist also, wie wir meinen, ganz richtig, daß Fürst Bülow streng die verfassungsmäßige Korrektheit wahrt und den Reichstag zunächst vollkommen darüber schlüssig werden läßt, was er von den Vorschlägen der Regierung überhaupt übrig lassen will. Daß dieses Verhalten durchaus keine Passivität des Reichskanzlers in sich schließt, weiß jeder, der den Gang der Dinge bisher genauer verfolgt hat; auch in dieser Beziehung können wir auf früher gesagtes verweisen.

Was die zu erwartenden Ersatzsteuern betrifft, die den Ausfall für die einstweilen abgelehnten Vorschläge der verbündeten Regierungen zur Reichsfinanzreform nötigenfalls decken sollen, so interessiert darunter aus bekannten Gründen am meisten der Vorschlag einer Reichswertzuwachssteuer. Der konservative Antrag wollte bekanntlich diese Steuer auch auf Wertpapiere ausgedehnt wissen, aber alle sachverständigen Urteile wiesen überzeugend die Undurchführbarkeit dieser Idee nach, sodaß also nur die Wertzuwachssteuer auf Grundbesitz näher zu erörtern blieb. Hier stand ja allerdings die Ausführbarkeit nicht in Frage, wohl aber die Ergiebigkeit dieser Steuer, die den Gemeinden und vielleicht auch den Einzelstaaten nicht ganz entzogen werden kann, und die, wenn sie vernünftig eingerichtet und gerecht verteilt werden soll, bei den verschiedenartigen Verhältnissen im Reiche große Schwierigkeiten zu überwinden hat. Die Sachverständigenkonferenz, die diese Frage vorläufig geprüft hat, ist denn auch zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Steuer für das Reich nach der günstigsten Schätzung nicht mehr als 30 Millionen abwerfen kann. Damit ist natürlich kein endgiltiges Urteil über die Einführung der Steuer ausgesprochen, aber so viel ist doch festgestellt, daß sie in keinem Falle die geplante Erbanfallsteuer ersetzen kann. Auf diesem Wege sind 100 Millionen Besitzsteuern nicht zu schaffen.

Die Arbeiten der Finanzkommission des Reichstags während der letzten Woche haben allerdings gezeigt, daß die Aussichten, den Bedarf von vierhundert Millionen durch Verbrauchssteuern zu decken, nicht weniger gering sind. Es ist daher auch die wirksamste Entgegnung, die die Konservativen auf den Vorwurf, sie hinderten das Zustandekommen der Reichsfinanzreform, in Bereitschaft haben: Was würde unsre Zustimmung zur Erbanfallsteuer nützen, wenn die Liberalen weiter fortfahren, die Vorschläge der verbündeten Regierungen zur Erhöhung der Verbrauchssteuern so wie bisher zu zerpflücken, ohne für Ersatz zu sorgen, wenn sie also ihre Zusage in bezug auf die vierhundert Millionen Verbrauchssteuern nicht einlösen? Die Liberalen sagen nun freilich, sie würden ihre Zusage in der Tat einlösen, sobald sie die Sicherheit hätten, daß hundert Millionen wirklicher Besitzsteuern bewilligt würden. Aus diesem Zirkel kommen die beiden jetzt so feindlichen Flügel des Blocks nicht heraus. Nun gibt es viele ähnliche Fälle, in denen die Gegensätze ebenso scharf erscheinen, und in denen keiner einen Schritt entgegenkommen will, weil er

fürchtet, der andre werde den entsprechenden Schritt nicht mittun, und weil er unter keinen Umständen mit dem Nachgeben den Anfang machen will. Und doch lösen sich solche Schwierigkeiten häufig durch eine Vermittlung. Hier aber sind in der Tat auch für die Vermittlung die schwierigsten Hindernisse zu überwinden. Denn der erfolgreiche Vermittler bedarf einer gewissen Unterlage, die man vielleicht am besten als die Gleichheit der beiderseitigen Einsätze bezeichnen kann. Aber wenn man diese Erfahrung auf unsern Fall anwendet, so ergibt jede unbefangne Prüfung, daß die Schwierigkeit in dem mangelnden politischen Kredit unsers Liberalismus liegt. In andern Ländern würde die konservative Partei zu fürchten haben, daß ihr der Liberalismus bei der Volksmeinung den Wind aus den Segeln nimmt. Das ist bei uns ziemlich ausgeschlossen. Unsere Liberalen haben wichtigeres zu tun, als die Gelegenheit zur praktischen Mitarbeit zu ergreifen und durch die Ausnutzung solcher Gelegenheiten ihren politischen Kredit zu erhöhen. Sie müssen statt dessen auf das Gebot der demokratischen Schreier lauschen und ihre Prinzipien spazierenführen. Das gilt gegenwärtig nicht nur von dem radikalen Liberalismus, sondern in gewissem Sinne auch von den Nationalliberalen, die von Anfang an die Rolle, die ihnen in der jetzigen Parteikonstellation zufiel, nicht begriffen haben. Als schon der Kampf begann, gingen sie noch behaglich im Garten ihres Parteiprogramms spazieren und begossen ihre Lieblingsblumen. Es gereicht den großen Parteien, die sich auf Grund der großen dauernden Gegensätze politischer Denkweise im Staatsleben gegenüberstehn, nur zum Vorteil, wenn sie gegenseitig erzieherisch aufeinander einwirken. Auch der konservative Politiker, wenn er Erfahrung und Blick für geschichtliche Erscheinungen hat und nicht einseitig in der engsten Scheuklappenpolitik befangen ist, wird sich freuen, wenn er sich eine lebenskräftige, unter Umständen regierungsfähige Gegenpartei gegenüber sieht, eine Partei, die dafür sorgt, daß das politische Leben nicht erstarrt und bei der Arbeit für den Sieg der politischen Überzeugung die Hände nicht in den Schoß gelegt werden. Der heutige Liberalismus kann — und im wesentlichen durch eigne Schuld — dieses heilsame Gegengewicht nicht ausüben. Die weniger aufgeklärten Wähler, die mit dem konservativen Regiment unzufrieden sind, suchen ihre Zuflucht nicht beim Liberalismus, sondern bei der Sozialdemokratie. Darin liegt der schlimmste Krebschaden der gegenwärtigen Lage.

Der Reichstag wird jetzt zunächst seine Plenarsitzungen vertagen und nur die Finanzkommission weiter arbeiten lassen, um erst nach Pfingsten wieder zusammenzutreten und dann hoffentlich mit besserem Erfolg zu einer Entscheidung zu kommen.

Es scheint, als ob die Schwierigkeiten der Lage jetzt den besondern Anreiz in sich tragen, einen Teil der Beamtenschaft, die mit Schmerzen auf die Durchführung der ihr zugesagten Verbesserung ihrer Lage wartet, in eine oppositionelle Stellung hineinzutreiben. Nachdem schon vor Wochen ein sogenannter „Beamtenstag“ abgehalten worden ist, bei dem es an staatsfeindlichen Brandreden unberufener Führer dieser „Bewegung“ nicht fehlte, werden diese Bestrebungen jetzt mit Eifer fortgesetzt, und es scheint beinahe, als ob die zweifelhaften Vorbeeren der Pariser Kollegen, die dem Staate den Fehdehandschuh hingeworfen haben, auch bei uns gewisse Herren nicht schlafen ließen. Man muß dieser Symptome wenigstens gedenken, obwohl erfreulicherweise festzustellen ist, daß die bedeutenden Beamtenorganisationen entschieden erklärt haben, daß sie mit diesen Veranstaltungen nichts zu tun haben wollen. Auch die erwähnten unzufriednen Elemente haben mit dem größten Nachdruck betont, daß sich deutsche Beamte niemals zu einem Streik hinreißen lassen würden, aber diese Versicherung würde recht wenig Wert haben, wenn der Geist, der neulich auf dem Beamtenstage und auch wieder in der neuesten Veranstaltung dieser Art zutage kam, wirklich in unsrer Beamtenschaft maßgebend werden sollte. Es ist schon bedenklich genug, daß ein kleiner Bruchteil der Beamtenschaft zu einer

so vollständigen Verkennung der wesentlichen Eigentümlichkeit seiner Stellung gelangen kann und einfach die Grundsätze des Konkurrenzkampfes im freien Erwerbseben darauf anwenden will. Die unzufriednen Beamten beschwerten sich darüber, daß ihnen entgegengehalten wird, sie würden vom Gelde der Steuerzahler erhalten. Das ist aber die natürliche Folge ihrer eignen Auffassungen, die das, was eigentlich die moralische Kraft und den Wert des Beamtenstandes ausmacht, herabdrücken und der Geringschätzung preisgeben, dafür aber die rein materielle Seite in den Vordergrund schieben. Es ist ein gefährliches Treiben, das da unternommen wird, und es wäre zu wünschen, daß aus dem Kreise der Beamten selbst eine kräftigere Gegenwirkung gegen diese schädlichen Anfänge erstünde. Freilich wäre dringend zu wünschen, daß den berechtigten Wünschen und Beschwerden der Beamten bald um so schneller und gründlicher Abhilfe zuteil würde.

Die deutsche Hegemonie in Europa. Die Ansicht, die in manchen deutschen Zeitungen, auch vor einiger Zeit in der Täglichen Rundschau ausgesprochen wird, daß man die Entrüstungsanfalle der dänischen und der englischen Presse über die deutsche Flotte nur als Symptom für ein krankes Gemüt ansehen könne, ist ganz richtig. Warum bleibt die dänische Presse so ruhig bei der Nachricht, daß die englische Flotte in diesem Frühjahr auch größere Übungen in Kriegsstärke vornehmen und dänische, schwedische und deutsche Häfen besuchen will? Hat man in Dänemark ganz und gar vergessen, daß im Jahre 1801 Kopenhagen von der englischen Flotte beschossen wurde, sowie daß diese Beschießung 1807 wiederholt und die gesamte dänische Flotte ohne weiteres von den Engländern genommen und weggeführt wurde? Die ganze Aufregung, die in Dänemark und andern Staaten jetzt immer wieder zutage tritt, beruht auf dem Glauben, Deutschland strebe nach der Hegemonie über ganz Europa.

Man vergißt die Ursachen unsers Aufblühens, die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Schulpflicht. Die erste besteht seit etwas mehr als hundert Jahren bei uns und die letzte noch viel länger. Durch die allgemeine Wehrpflicht wird Pünktlichkeit, Fleiß und Arbeitsfähigkeit, durch die allgemeine Schulpflicht wird Kenntnis und Wissen auch bei den niedern Volksklassen ausgebildet. Wir haben z. B. schon seit längerer Zeit unter unsern Rekruten kaum noch einen Analphabeten. Dabei hatte Frankreich 1870 weder allgemeine Wehrpflicht noch allgemeine Schulpflicht. England hat heute noch keine allgemeine Wehrpflicht. Man nennt in England die allgemeine Wehrpflicht eine „Blutsteuer“ und sträubt sich fortwährend noch gegen ihre Einführung. Ob allgemeine Schulpflicht in England besteht, weiß ich nicht. Jedenfalls lassen sich die Eigenschaften, die sich aus dem Bestehen dieser Einrichtungen in Deutschland entwickelt haben und zu unsrer immer steigenden Blüte führen, in den andern Staaten nicht in so kurzer Zeit nachholen.

Wer sich diese Dinge klar vor Augen hält — und das sollten die andern europäischen Staaten, insbesondre England und Dänemark, tun —, braucht also Übungsfahrten unsrer Flotte nicht als Kriegsdrohungen, ebensowenig unser Aufblühen als absichtlich auf Erlangung der Hegemonie in Europa gerichtet anzusehen. C. v. H.

Ein Buch von Johann Amos Comenius. Den Schriften alter Autoren, mit deren Neuauflagen der Verlag von Eugen Diederichs in Jena modernen Gottsuchern zu Hilfe kommen will, hat sich voriges Jahr Das Labyrinth der Welt und das Paradies des Herzens des um die Reform der Pädagogik verdienten letzten Bischofs der Mährischen Brüder zugesellt. Der anonyme Verfasser der Einleitung stellt das Buch sonderbarerweise in eine Reihe mit der Utopia des Thomas Morus und Campanellas Sonnenstaat. Es steht aber im schroffsten Gegen-

sage zu allen Utopien, die einen sozialen Himmel auf Erden malen, und gehört in die Klasse der mystisch-asketischen Anleitungen zu einem gottseligen Leben, und zwar unmittelbar neben die „Seelenburg“ der heiligen Teresa. Den ersten Teil freilich, der die Schlechtigkeit, Unvernunft, Verwirrung und das Elend der Welt schildert, natürlich der Welt des siebzehnten Jahrhunderts, könnte man den satirischen Schriften beizählen, wenn er nicht einem ganz andern Zweck diene, als den die Satiriker im Auge zu haben pflegen. Die allegorische Einleitung — eine Wanderung durch die Welt unter Führung zweier allegorischer Personen — ist nicht nach unserm heutigen Geschmack, und etwas Neues vermag uns auch Comenius über das uralte leidige Thema nicht zu sagen. Doch packen einzelne seiner allegorischen Darstellungen durch ihre Originalität, zum Beispiel wenn er die Adepten der Gelehrsamkeit höchst schmerzhaften Operationen unterwerfen läßt, bei denen namentlich ihr Gefäß hart mitgenommen wird, und wenn er von den Medikamenten des Geistes, die er in der Bibliothek findet, sagt, im Gegensatz zum Vorrat anderer Apotheken verfehle dieser größtenteils seine Bestimmung, indem er in dunkeln Schreinen und Winkeln ungenützt verschimmle und das Erbteil der Motten werde. Auch die Charakteristik der Zeitungspressen ist sehr hübsch. Jede Zeitung ist eine Pfeife von so eigentümlicher Beschaffenheit, daß ihr Ton die einen zu Freudenprüngen begeistert, den andern Schmerzgefühl und Wut verursacht. Nachdem den Jüngling die Weltwanderung gründlich enttäuscht hat, ruft ihn Gottes Stimme ins Herzenskammerlein, wo er wiedergeboren und in die unsichtbare Kirche aufgenommen wird. Ohne Zweifel denkt Comenius bei dieser an die Brüdergemeinde. „Von Geistlichen und Predigern gab es hier nur eine geringe Zahl, die indes dem Bedürfnis der Kirche vollauf entsprach; wie ihre Kleidung schlicht, so waren ihre Sitten sanft und gefällig usw.“ Diese Kirche ist also eigentlich nicht unsichtbar, aber da sie nicht auf Außerlichkeiten, sondern auf das Innere das Hauptgewicht legt, darf man die Bezeichnung hingehen lassen. Mehr die Person des verehrungswürdigen Verfassers als die Bedeutung des Buches für die Gegenwart wird ihm eine mächtige Zahl von Freunden zuführen.

C. J.

Die Weltanschauungen der Maler, nicht der Malerei, würden wir die Studie nennen, die H. Nohl (bei Diederichs) veröffentlicht hat. Im Anschluß an die drei philosophischen Grundanschauungen des Naturalismus und des objektiven und des subjektiven Idealismus, die sein Lehrer Dilthey aus der Geschichte der Philosophien herausgeschält hat, unterscheidet Nohl naturalistische, monistische und dualistische Maler. Seine Verfolgung dieses Scheideprinzips durch die neuere europäische Malerei hindurch zeigt, daß man so unterscheiden kann, nicht muß; es käme jedenfalls noch darauf an, zu beachten, wie die eine und die andre Gruppe bald mit dieser, bald mit jener andern teilweise zusammengeht. Man wird zunächst die beiden Idealistengruppen der naturalistischen gegenüberstellen — insofern gehören Böcklin und Klinger zusammen gegenüber Menzel und Leibl —, andererseits aber auch den künstlerischen Naturalismus der großen Dualisten nicht aus dem Auge lassen dürfen: insofern gehören Menzel, Dürer und Klinger zusammen gegenüber Cornelius und Böcklin. Wie Nohls Schrift im Großen der Ergänzung, so bedarf sie im Kleinen der Berichtigung. Seite 70 sagt er: „Klinger meint, man müsse die Kartons des Cornelius als Zeichnungen ansehen und sie verkleinern, um ihnen gerecht werden zu können“; Klingers Worte heißen aber: „Ich möchte den Vorschlag machen, Cornelius' Kartons zu den Camposantobildern in kleinem Maßstabe genau so reproduzieren zu lassen, wie sie gezeichnet sind. Die Blätter würden an Größe der Wirkung den Kartons nicht nachstehen.“

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig